

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 01/0479/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 17.04.2024
		Verfasser/in:
Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 14.02.2024 (öffentlicher Teil)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
15.05.2024	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 14.02.2024 (öffentlicher Teil).

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Hauptausschusses

10. April 2024

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.02.2024
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen	-entschuldigt-
Ratsherr Michael Servos	
Ratsfrau Gaby Breuer	
Ratsherr Dr. Sebastian Breuer	
Ratsfrau Julia Brinner	-entschuldigt-
Ratsherr Hans Leo Deumens	
Ratsherr Mathias Dopatka	
Ratsfrau Elke Eschweiler	
Ratsfrau Ulla Griepentrog	
Ratsherr Wilhelm Helg	
Ratsfrau Iris Lürken	-entschuldigt-

HA/29/WP18

Ausdruck vom: 10.04.2024

Seite: 1/12

Ratsherr Markus Mohr

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsfrau Daniela Parting

-entschuldigt-

Ratsherr Carsten Schaadt

Ratsherr Dirk Szagunn

-entschuldigt-

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsherr Wolfgang Palm

Abwesende:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Dirk Szagunn

von der Verwaltung:

Stadtdirektorin Annekathrin Grehling

Dez. II

Frauke Burgdorff

Dez. III

Heinrich Brötz

Dez. IV

Dr. Markus Kremer

Dez. V

Heiko Thomas

Dez. VII

Armin Bergstein

Fachbereich Sicherheit und Ordnung

Dr. Ines Bollwerk

Fachbereich Recht und Versicherung

Dirk Emmerich

Fachbereich Rechnungsprüfung

Stephan Schmitz

Fachbereich Sicherheit und Ordnung

André Schoel

Fachbereich Finanzsteuerung

Stefan Auler

CDU-Fraktion

als Schriftführung:

Christina Milussi

Fachbereich Bürger*innendialog und
Verwaltungsleitung

HA/29/WP18

Ausdruck vom: 10.04.2024

Seite: 2/12

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 22.11.2023
(öffentlicher Teil)
Vorlage: FB 01/0454/WP18**

- 3 **Förderung der eSports-Bewegung in der Stadt Aachen**

- 4 **Jährlicher Bericht über die Aktivitäten der Städtepartnerschaften der Stadt Aachen
Vorlage: FB 01/0448/WP18**

- 5 **Haushaltsberatungen 2024 des Hauptausschusses
Vorlage: FB 01/0450/WP18**

- 6 **Umgang der Stadt Aachen mit Whistleblowern
hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2023
Vorlage: FB 14/0185/WP18**

- 6.1 **Umgang der Stadt Aachen mit Whistleblowern; Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion
vom 08.11.2023 zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.12.2023;
weitergehende Ausführungen der Verwaltung
Vorlage: Dez II/0037/WP18**

- 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 8 **Aggressive Bettelerei und andere belästigende Verhaltensweisen im Bereich des
Elisenbrunnens und des Domviertels - Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom
31.01.2024**
Vorlage: Dez II/0039/WP18
- 9 **Schlaglicht "Wohnen. Bildung. Innenstadt." - Politische Begleitung;
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen von GRÜNE und SPD vom 31.01.2024**
- 10 **Veranstaltungen auf dem Katschhof und dem Markt im Jahr 2024 und Vorschlag für
Veranstaltungskriterien**
Vorlage: Dez II/0036/WP18

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 22.11.2023
(nichtöffentlicher Teil):**
Vorlage: FB 01/0455/WP18
- 3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Ratsherr Servos (SPD) eröffnet die öffentliche Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass die Oberbürgermeisterin erkrankt sei und daher er die Vertretung übernehme. Entschuldigt für heute seien Ratsfrau Brinner (Grüne), Ratsfrau Lürken (CDU), Ratsfrau Parting (SPD) und Ratsherr Szagunn (DIE Zukunft).

HA/29/WP18

Ausdruck vom: 10.04.2024

Seite: 4/12

Die Vertretungen übernehmen Bürgermeisterin Hilde Scheidt (GRÜNE), Ratsherr Hecker (CDU) und Ratsherr Becker (SPD). Für die Fraktion DIE Zukunft sei aufgrund von Erkrankungen keine Vertretung anwesend.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) bittet darum, die Tagesordnungspunkte 3 und 9 aufgrund fehlender Informationen auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Ratsherr Schaadt (GRÜNE) bittet, Tagesordnungspunkt 10 aufgrund von Beratungsbedarf ebenfalls auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Ratsherr Servos (SPD) erläutert, dass zu Tagesordnungspunkt 9 richtigerweise keine Vorlage vorliege, da heute nur beschlossen werden solle, dass in den nächsten Sitzungen kontinuierlich Bericht über den Sachstand erstattet werde und der TOP somit grundsätzlich in die Tagesordnung der Folgesitzungen aufgenommen werden solle.

Die Änderungen zur Tagesordnung werden einstimmig angenommen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 22.11.2023 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 01/0454/WP18

Ratsfrau Eschweiler (CDU) teilt mit, dass Ratsfrau Lürken (CDU) beim TOP 7 auf Seite 9 im zweiten Absatz falsch zitiert wurde. Der Satz müsse wie folgt lauten: „Ein Antrag und eine entsprechende Bewilligung an der Stelle liegen, ihren Kenntnissen nach, nicht vor“.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt bei zwei Enthaltungen einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 22.11.2023 (öffentlicher Teil).

zu 3 Förderung der eSports-Bewegung in der Stadt Aachen

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen.

zu 4 Jährlicher Bericht über die Aktivitäten der Städtepartnerschaften der Stadt Aachen

Vorlage: FB 01/0448/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

HA/29/WP18

Ausdruck vom: 10.04.2024

Seite: 5/12

zu 5 Haushaltsberatungen 2024 des Hauptausschusses

Vorlage: FB 01/0450/WP18

Ratsfrau Eschweiler (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion noch zwei Punkte in den Haushalt einbringen wolle. Zum einen wolle sie 20.000,00 € für die Schallschutzgutachten in den Außenbezirken einbringen, da die Notwendigkeit sich deutlich gezeigt habe. Mit der genannten Summe seien zwei Gutachten pro Jahr realisierbar. Wie man der Tischvorlage entnehmen könne, habe die Koalition einen ähnlichen Antrag gestellt, eine Haushaltsposition sei bereits vorhanden, ebenso wie ein Produktblatt, sodass das man es da noch unterbringen könne. Als zweiten Punkt bittet sie, die Repräsentationsmittel der Bezirksbürgermeister*innen, die konsequent um 200,00 € gekürzt worden seien, wieder einzustellen.

Ratsherr Dr. Breuer (GRÜNE) teilt mit, dass die Koalition zu Punkt 3 ihres Beschlussvorschlags, Schallschutzgutachten Bezirke, gerne 50.000,00 € einstellen möchte, da dies aufgrund der Größenordnung auch sinnvoll sei.

Ratsherr Dopatka (SPD) hält fest, dass sich in der Debatte des Bürger*innenrats eine gute Entwicklung gezeigt habe. Die 20.000 € seien daher sehr sinnvoll und die jeweils 10.000 € für die nächsten 2 Jahre ebenso. Weiterhin hält er fest, dass das Entwicklungskonzept des Weltkulturerbes Karnevals neu eingestellt worden sei und eine Förderung verdiene. Die Bürgermeister*innen werden schauen, wie man sich zukünftig aufstelle.

Ratsherr Deumens (DIE LINKE) teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE ihren Beschlussvorschlag zurückziehe, da die vorgeschlagene Summe für den Bürger*innenrat identisch mit der Summe der Koalition sei.

Stadtdirektorin Grehling bittet darum, Schallschutzgutachten in die Produktgruppe „Bezirksvertretung“ aufzunehmen, um mögliche Missverständnisse zu vermeiden.

Ratsherr Dr. Breuer (Grüne) schlägt vor, die 50.000 € für ein Jahr festzusetzen. Danach könne man schauen, ob man nachsteuern müsse.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) stimmt dem Vorschlag zu.

Ratsherr Servos (SPD) hält fest, dass die Abstimmung nun über die Veränderungsliste der Koalition zuzüglich der Wiederherstellung der Repräsentationsmittel für Bezirksbürgermeister*innen erfolgen werde.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt einstimmig den Entwurf des Haushaltsplanes 2024 sowie der Finanzplanung bis 2027 (ausschließlich der Personalaufwendungen) für die vorgelegten Produkte, inklusive der Produktblätter zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Aachen, diesen entsprechend zu beschließen.

zu 6 Umgang der Stadt Aachen mit Whistleblowern

hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2023

Vorlage: FB 14/0185/WP18

zu 6.1 Umgang der Stadt Aachen mit Whistleblowern; Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2023 zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.12.2023; weitergehende Ausführungen der Verwaltung

Vorlage: Dez II/0037/WP18

Ratsfrau Eschweiler (CDU) freut sich darüber, dass diese, bereits im Rechnungsprüfungsausschuss sehr ausführlich diskutierte Vorlage, in die heutige Sitzung eingebracht wurde. Der CDU-Fraktion war es wichtig, das Thema nochmal zu beleuchten und zu schauen, ob wirklich alles getan werde, um sowohl die Whistleblower*innen als auch diejenigen, die evtl. einen Nachteil davon haben, zu schützen. Der Vorschlag der CDU-Fraktion, das Ganze zu entkoppeln und von den gesundheitlichen und personellen Problemen, die nur innerhalb der Stadtverwaltung mit den entsprechenden Ansprechpartnern gelöst werden können, zu trennen, sei entsprechend geprüft worden und auch genauso heute hier angekommen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Verwaltung wie folgt zu beauftragen:

1. für den Bereich der Meldung von Regel- und Compliance-Verstößen die Beauftragung eines externen Dienstleisters als Ansprechpartner zu prüfen;
2. den Bereich der Meldungen von Regel- und Compliance-Verstößen von Fragestellungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes abzukoppeln;
3. die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der Meldung von Verstößen in der Verwaltung bekannter und unter den typischen Stichworten im Intranet auffindbar zu machen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**zu 8 Aggressive Bettelerei und andere belästigende Verhaltensweisen im Bereich des
Elisenbrunnens und des Domviertels - Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom
31.01.2024**

Vorlage: Dez II/0039/WP18

Ratsfrau Eschweiler (CDU) möchte sich bei den Stadtführer*innen für die sehr sachliche Berichterstattung bedanken. Die Probleme seien gegenwärtig und vielschichtig und häufig werden in solchen Situationen die Rufe nach dem Ordnungsamt lauter. Ihrer Meinung nach könne man dies jedoch nicht darauf reduzieren. Sie selbst habe am vergangenen Samstag einen Mann entdeckt, der barfuß im Geldbrunnen gestanden und die Münzen dort rausgefischt habe. Sehr viele Menschen haben dies toll gefunden und den Mann mit ihren Handys gefilmt. Man erkenne an der Stelle klar, dass der Mann ein großes Problem habe, wenn er sich bei der Kälte barfuß in diesen Brunnen stelle. Das Problem löse sich mit dem Ruf des Ordnungsdienstes nicht, sondern es bedarf viel Ansprache und unterschiedlicher Herangehensweise, an der die Stadtverwaltung arbeite. Sie nimmt Bezug auf den Stellenplan und hält fest, dass von den für den Ordnungsdienst 249 eingerichteten Stellen nur 173 besetzt seien und somit eindeutig ein großer Personalmangel in diesem Gebiet bestehe. Man müsse unbedingt überlegen, wie man mit all den Konzepten, die auf unterschiedlichster Art und Weise entwickelt werden, dazu beitragen könne, diese Lücke zu schließen und Menschen finden, die bereit sind, für den Ordnungsdienst zu arbeiten. Hier sei ihrer Meinung nach ein Blick in die Ausschreibungen notwendig, diese müssen attraktiver gestaltet werden, um auch dauerhaft Unterstützung zu bekommen. Natürlich müsse auch auf der sozialen Seite nachgesteuert werden und daher sei das Petitum der CDU-Fraktion, sowohl dem Ordnungsdienst bei der Stellenbesetzung zu helfen, als auch mit allen die soziale Seite betreffenden Ausschüssen gemeinsam nach einer Lösung des Problems zu suchen. Man müsse sich den Herausforderungen stellen, um das Stadtbild wieder herzustellen.

Ratsherr Servos (SPD) spricht an der Stelle für die Koalition und hält fest, dass im letzten Sozialausschuss ein Antrag an die Verwaltung eingebracht wurde, ein Gesamtkonzept „Obdach“ für Aachen zu entwickeln. Dazu gehöre auch das Thema „ordnungspolitische Maßnahmen“, welches explizit in den Antrag reingeschrieben wurde. Es müssen Angebote geschaffen, vernetzt und dort ergänzt werden, wo es erforderlich sei. Die Sozialverwaltung müsse Hand in Hand mit dem Ordnungsdienst und der StädteRegion arbeiten. Sicherlich sei auch die Frage der Stellenbesetzung ein wichtiger Punkt, auch das müsse in dem Gesamtpaket mit eingeplant werden. Seiner Meinung nach könne dies eine heutige Diskussion nicht ersetzen, aber einen gewissen Impuls setzen. Die Verwaltung müsse sich nun an die Arbeit machen und mit den entsprechenden Ausschüssen das Gesamtpaket ausarbeiten. Die vorliegende Vorlage sei daher eine gute Bestandsaufnahme und der Beschlussentwurf genau der richtige. Dies bedeute nicht, dass die politische Tätigkeit nun eingestellt werde, sondern dass an den entsprechenden Stellen nun nachjustiert werde und ggf. auch Ressourcen dort zur Verfügung gestellt werden, wo es erforderlich sei.

HA/29/WP18

Ausdruck vom: 10.04.2024

Seite: 8/12

Ratsherr Deumens (DIE LINKE) teilt mit, dass er seit dem Jahr 2009 bis heute ununterbrochen Mitglied des Sozialausschusses sei und das Thema Obdachlosigkeit immer wieder auf der Tagesordnung des stehe. Dies zeige deutlich, wie lange dieses Problem auch schon bestehe. Zur heutigen Vorlage äußert er, dass die Fraktion DIE LINKE vorrangig für die sozialpolitischen Maßnahmen stehe, was nicht bedeute, dass es keine ordnungspolitischen Maßnahmen geben solle. Die in der Vorlage erwähnte Ernennung eines Kümmerers im Raum Elisenbrunnen werde man im Sozialausschuss sicherlich auch nochmal thematisieren.

Ratsfrau Griepentrog (Grüne) hält fest, dass dieses gesellschaftliche Problem seit Jahren bestehe und man nicht wirklich viel tun könne, um es vollständig in den Griff zu kriegen. Man müsse akzeptieren, dass man in einer Großstadt lebe und Probleme dieser Art unvermeidbar seien. Natürlich dürfe man alle bisherigen Bemühungen nicht aufgeben, man müsse weiter daran arbeiten und unterschiedliche Konzepte entwickeln.

Ratsherr Mohr (AfD) ist der Meinung, dass die Stärke auf ordnungspolitische Maßnahmen gelegt werden müsse, da die sozialpolitischen Maßnahmen in den letzten Jahren bekanntlich nicht ausgereicht haben.

Stadtdirektorin Grehling möchte inständig darum werben, dass verschiedene Bereiche, auch hinsichtlich der Ursachenforschung, nicht in einen Topf geworfen werden. Obdachlosigkeit und Bettelerei sei kein Automatismus, aggressive Bettelerei erst recht nicht.

Insgesamt gebe es in Aachen 14-16 auffällige Personen in der beschriebenen Art und Weise. Nicht jeder, der ordnungsbehördlich untergebracht und dem im Sinne der Obdachlosigkeit geholfen wurde, gehöre in die Rubrik dessen, was hier als Beschwerdeführung geltend gemacht worden sei. Sie bittet, dies wirklich ganz scharf zu trennen. Die Bettelerei und die aggressive Bettelerei habe es schon immer gegeben, jedoch überfalle nicht jeder Arme automatisch eine Bank oder werde automatisch zum Bettler. Man habe viele verschiedene Szenen, die sich extremst untereinander mischen. Man habe

Menschen, die in ihrer Abhängigkeit und Verhaltensweise Eltern geworden seien, Menschen, die psychisch gar nicht mehr in der Lage seien, es zu steuern und auch nicht ansprechbar seien. Jede Großstadt habe das Thema seit Jahren autark auf der Tagesordnung stehen. Das mache es natürlich nicht besser, zeige jedoch, dass das Thema allgegenwärtig sei. Sie hält fest, dass man durch diese Vorlage die Möglichkeit erhalten habe, zu zeigen, wie stark die Präventionsarbeit und die soziale Struktur der Stadt Aachen sei. Das Thema solle nicht nur im Sozialausschuss, sondern in den verschiedensten Ausschüssen positioniert werden. Der Fachbereich für Sicherheit und Ordnung könne nicht allein interagieren und 24/7 präsent sein. Sie betont, dass das Ziel der Aufgabe nicht eine Stadt ohne jegliche Auffälligkeit in Richtung „Belästigung“ sei, dies sei nicht möglich und daher solle auch die Erwartungshaltung darauf gerichtet sein, sondern Ziel sei es, den Zuwachs solcher Personen zu verhindern.

HA/29/WP18

Ausdruck vom: 10.04.2024

Seite: 9/12

Ratsfrau Scheidt (Grüne) bedankt sich bei Stadtdirektorin Grehling für die Ausführungen und für die Klarstellung. Es sei wichtig, die Menschen mit sozialen Problemen und die auffälligen Personen, die hier angesprochen wurden, klar voneinander zu trennen. Sie schlägt vor, die Stadtbürger*innen in das Café Plattform miteinzubinden und zu kooperieren. Sie könne verstehen, dass das Verhalten bestimmter Obdachloser erschreckend sei, gerade auch für Touristinnen und Touristen, jedoch seien diese Menschen auch ganz normale Bürger*innen der Stadt Aachen.

Ratsherr Schaadt (Grüne) bedankt sich bei allen demokratischen Redner*innen für die differenzierte und ganzheitliche Betrachtungsweise der Problematik. Diese werde der Herausforderung und vor allem den Menschen gerecht. Der simple Ruf nach Ordnungsmaßnahmen bzw. die simplen Anforderungen, die von der AfD kommen, seien viel zu kurz gesprungen, da es hier um Menschen gehe.

Er bedankt sich bei Frau Eschweiler (CDU) für die Einleitung und hält fest, dass man beim „Schließen von Lücken“ ähnlich denke, auch in Bezug auf die vielen unbesetzten Stellen im Ordnungsdienst. Wie jedoch Stadtdirektorin Grehling bereits erwähnt habe, gehe es darum, die Ansprache zu differenzieren. Eine Möglichkeit wäre, Streetworker und Sozialarbeiter mit einzubeziehen und an diese Menschen herantreten zu lassen.

Stadtdirektorin Grehling erläutert, dass eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Streetworkern und dem Ordnungsdienst häufig als Lösung vorgetragen werde, was rein mathematisch auch richtig sein möge, erfahrungsgemäß jedoch nicht möglich sei. Es bedarf zumindest einer Vertrauensbasis und die ordnungsrechtliche Einführung eines vertrauenssuchenden Streetworkers werde auch aus der Sicht der Streetworker selbst nicht unbedingt herausragend gesehen. Die getrennte Aufstockung oder getrennte Zusammenarbeit, bevor man evtl. in so eine Vorgehensweise überleiten könne, insbesondere bei Menschen, die sich schon länger in der Situation befinden, sei das Eine, aber die erste Kontaktaufnahme müsse aus der reinen Vertrauensbasis kommen und werde von den Betroffenen selten hinter der Uniform vermutet.

Ratsfrau Breuer (CDU) äußert, dass es natürlich immer schon Betteleien gegeben habe, jedoch seien diese nun deutlich aggressiver geworden und die Menschen fühlen sich teilweise auch bedroht durch dieses Verhalten. Man könne Betteleien nicht gänzlich unterbinden, müsse jedoch immer weiter gemeinsam nach Lösungswegen suchen.

Ratsherr Servos (SPD) hält fest, dass das Thema momentan von allen Fraktionen bearbeitet werde, die Dringlichkeit sei bekannt. Wichtig sei die weitere Vorgehensweise, hierzu gebe es bereits verschiedene Initiativen in unterschiedlichen Ausschüssen, beispielsweise das Besetzungsverfahren im Personal- und Verwaltungsausschuss. Beigeordneter Dr. Kremer werde die Anregung mit Sicherheit mitnehmen, prüfen und entsprechende Maßnahmen in die Wege leiten.

Das gleiche gelte für den Sozialausschuss, ein entsprechender Beschlussentwurf liege bereits vor, daher sei die vorliegende Kenntnisnahme nicht der richtige Beschluss, entbinde die politischen Fraktionen jedoch nicht von der Pflicht, sich mit dem Thema weiter auseinanderzusetzen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 9 Schlaglicht "Wohnen. Bildung. Innenstadt." - Politische Begleitung;

hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen von GRÜNE und SPD vom 31.01.2024

Stadtdirektorin Grehling erläutert, dass so kurzfristig ein kompletter Sachstandsbericht zur Verwirklichung der Gesamtpakete in den Anträgen, insbesondere zum Thema Entwicklung „Bushof Quartier als Wohnquartier“ und „Haus der Neugier“ nicht vorgelegt werden könne.

Nichts desto trotz sei die Verwaltung natürlich, unter Einbindung der SEGA, in den Vorarbeiten bzgl. der nötigen Projektstrukturen und der im Vordergrund stehenden Kernpaketen. Sie hält fest, dass innerhalb der nächsten Gremienläufe ein Sachstandsbericht eingeplant sei, Zielsetzung sei ein umfassender Bericht in der nächsten Ratssitzung, um den Ratsmitgliedern zumindest eine Entscheidungsvorbereitung zu ermöglichen. Das Hauptanliegen, die Projekte, wenn diese denn so nochmal in Grundsatzbeschlüsse gekleidet werden, entsprechend im Hauptausschuss zu bündeln, dürfte keine Widersprüche hervorrufen.

Ratsherr Servos (SPD) bedankt sich bei Stadtdirektorin Grehling für die Ausführungen, die genau die Absicht dieses Tagesordnungsantrages widerspiegeln.

Beschluss:

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, einem regelmäßigen Berichtspunkt zur Entwicklung des Bushofquartiers im Sinne des Antragspaketes „Schlaglicht ‚Wohnen. Bildung. Innenstadt.‘“ im Hauptausschuss einzuführen. Zusätzlich zu den zuständigen Fachausschüssen soll dort zum aktuellen Projektstand sowie möglichen Abwägungen und Problemstellungen berichtet werden, so dass der Hauptausschuss die erforderlichen Abwägungen treffen kann.

**zu 10 Veranstaltungen auf dem Katschhof und dem Markt im Jahr 2024 und Vorschlag für
Veranstaltungskriterien**

Vorlage: Dez II/0036/WP18

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen.